

Was nicht zur Tat führt hat keinen Sinn!

Eine lebendige Demokratie lebt von Einmischung. Sie lebt von Kritik und Vorschlägen.

Bürgermeister Thomas Pink, BZ, 4.3.2017

Alle Parteien in den hiesigen kommunalen Parlamenten sind gefordert, zu reagieren. Das geschieht sicher auch schon ab und zu in Sitzungsreden. Die gelangen aber nicht in die Öffentlichkeit, sondern verschwinden in Protokollen, wenn überhaupt. In einem Fall verließen im vergangenen Jahr die Wolfenbütteler Ratsmitglieder die Ratssitzung, als Klaus-Dieter Heid, wegen Volksverhetzung angezeigt, zu seinem Hetz-Beitrag auf der AfD-Website eine Rede halten wollte. Ein klare Haltung der Ratsmitglieder, die über die Presse in die Öffentlichkeit gelangte. Sehr gut!

Die Zurückhaltung der Parteien kann ich an Beispielen aus der Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ berichten. Ähnlich wird es auch bei den anderen Parteien sein.

Als ich mich berufend auf eine gute Rede der Grünen-Bundestagsabgeordneten Britta Haßelmann zur Scheinheiligkeit der AfD beim Thema Diätenerhöhung im Dezember 2017 den hiesigen Kreistagsgrünen mitteilte, ähnliche Reden wünschte ich mir auch im Kreistag, erhielt ich Informationen als Beleg, dass es sie gäbe. Mir wurden einige Beispiele geschickt und der Hinweis, wenn ich öfter die Kreistagssitzungen besuchen würde und die Protokolle lesen würde, könnte ich den Hinweis des Geplänkels im Kreistag nicht aufrecht erhalten. Der gute Fraktionsvorsitzende hatte offenbar nicht gemerkt, dass es hier nicht um mich persönlich ging, sondern um eine Herstellung der Öffentlichkeit. Zehntausend Bürgerinnen und Bürger können nicht an Kreistagssitzungen teilnehmen und werden auch nicht regelmäßig alle Sitzungsprotokolle lesen. Und: Mit abgründiger politischer Naivität lässt sich eine Demokratie nicht retten! Ich erhielt auch noch die Auskunft, die Fraktion hätte meine Hinweise beraten und die Meinung vertreten, sich auch *weiterhin nicht zu allen Behauptungen und Unterstellungen der AfD zu äußern*. Das ist ein Freibrief der Grünen für Hetzer, wahrscheinlich auch Lügner und für Ausländerfeindlichkeit. Frage: Wer entscheidet wann und wie sich die Grünen äußern wollen?

Im Mai 2017 hatten die Sicker Grünen, zu denen auch der Fraktionsvorsitzende gehört, einen Vortrag über „die Hintergründe von und den Umgang mit Rechtspopulismus“ veranstaltet. Hierzu veröffentlichten die Grünen einen Bericht in regionalWolfenbüttel mit der Überschrift „Grüner Dialog in Sichte: Rechtspopulisten widersprechen“. Man konnte auch dieses lesen: *In der Diskussion waren sich die Teilnehmer einig, dass es wichtig ist, rechtspopulistischen, rassistischen und menschenverachtenden Äußerungen auf allen Ebenen zu widersprechen, sei es im Parlament, am Arbeitsplatz oder im Bekanntenkreis*. Sehr gut! Aber warum halten sich die Grünen-Kreistagsabgeordneten nicht an diese Forderung? Wollte man einfach mal wieder in der Zeitung stehen?

Cremlinger Grüne Kommunalpolitiker besuchten im Juli 2018 Berlin und sprachen auch mit Jürgen Trittin. Sie berichteten über diesen Besuch in den lokalen Medien und zitierten den Bundestagsabgeordneten zur AfD: *Die demokratischen Kräfte müssen nun hellwach sein, um unsere demokratischen Errungenschaften zu verteidigen. Wir sollten eigentlich aus dem Ende der Weimarer Republik gelernt haben*. Die Antwort auf meine Frage, was sie deshalb nun unternehmen würden, waren Hinweise zu vergangenen Vorträgen zu Rechtsradikalität und ein Flüchtlingsflugblatt vom Februar 2015; eine Konsequenz aus der Trittinschen Warnung wird es hier nicht geben. Hauptsache, man kommt in die Zeitung. Das stärkt das Ego des Pressereferenten, schwächt aber nicht die AfD.

Im Januar 2018 veröffentlichte die AfD im „Wolfenbütteler Schaufenster“ Behauptungen aufgrund von Kreistagsberatungen, die ich nicht glauben mochte. Eine Anfrage beim Landkreis Wolfenbüttel mit der Bitte, mir mitzuteilen, ob die Behauptungen der AfD zutreffend seien, wurde so beantwortet: Ich könne im Bürgerinfoportal das Protokoll der letzten öffentlichen Sitzung einsehen, denn dort sei die Haushaltsatzung behandelt worden. Eine Abwimmelung ersten Grades verbunden mit Gleichgültigkeit.

Mein Appell an Kommunen, in denen AfD-Mandatsträger in den Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten vertreten sind, lautet: Befassen Sie sich nicht nur mit den üblichen kommunalen Aufgaben, sondern setzen Sie auch die Gefährdung der Demokratie auf Ihre Tagesordnungen. Gefahren für die Demokratie

entstehen nicht nur im rechtsradikalen und neonazistischen Spektrum, sondern auch auf der Gegenseite, indem unkritisch das Aufgreifen des Gegenteils von Rechtsradikalität praktiziert wird.

Der Äußerung von Wolfgang Kubicki MdB zu den Ereignissen in Chemnitz : *Die Wurzeln für die Ausschreitungen liegen im "Wir schaffen das" von Kanzlerin Angela Merkel.* - kann ich nicht einfach so wegkritisieren, wie es geschehen ist. Als die hunderttausenden von Flüchtlingen innerhalb kürzester Zeit nach Deutschland strömen durften und freundlich aufgenommen worden sind, habe ich, ja, ich gestehe es, angesichts der humanitären Entscheidung von Frau Merkel- an Betrachtung der Erinnerung an die von Deutschland ausgegangene Katastrophe der Menschenverachtung bis 1945 - Stolz empfunden: Deutschland hat Menschen in Not aufgenommen und der ganzen Welt deutlich Humanität bekundet; wobei nicht vergessen werden darf, dass zum Beispiel der Libanon, die Türkei und Jordanien ebenfalls Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen haben. Einen Kratzer bekam die Euphorie durch einen Report im Fernsehen: Flüchtlinge strömten durch den Münchener Bahnhof, winkend und freudig erregt. Doch ich sah einen Mann, der nicht freudig bewegt mitströmte, sondern angesichts der Fernsehkameras mit beiden Händen sein Gesicht verbarg. Dieses Bild habe ich auch nicht vergessen: Wer war dieser Mann? War er ein Menetekel?

Anhang:

Mein Schreiben an den AfD-Kreisverband Wolfenbüttel zur Weidelschen Äußerung vom 31.8.2018:

AfD Kreisverband Wolfenbüttel
An den ersten Vorsitzenden
Jürgen Barnstorf-Brandes
31.8.2018

Sehr geehrter Herr Barnstorf-Brandes,

in der heutigen WZ, Seite 2, lese ich eine Stellungnahme Ihrer Parteifreundin Alice Weidel MdB zu den Ereignissen in Chemnitz mit diesem Wortlaut: **Syrer und Iraker metzeln Opfer mit 25 Stichen nieder. Das Abschlachten geht immer weiter!**

Bitte teilen Sie mir mit, ob Sie und der Kreisverband sowie die gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes diesen Wortlaut unterstützen. Ich bitte Sie auch um Auskunft, ob sie und Ihre Mitglieder - wie Frau Weidel - der Meinung sind, dass zur Zeit in Deutschland Menschen abgeschlachtet werden. Vielleicht gelingt es Ihnen auch, herauszufinden, seit wann diese „Menschenabschlachtungen“ stattfinden und wo und wieviele Menschen diese Maßnahme bisher haben erleiden müssen.

Sollten Sie mir nicht antworten, gehe ich davon aus, dass Sie persönlich und vor allem auch Ihre Kollegen im Kreistag und im Stadtrat die Ansicht vertreten, dass in Deutschland Menschen abgeschlachtet werden. Das werde ich dann auch - versehen mit den Namen - veröffentlichen.

Jürgen Kumlehn
Erinnerer

Antwort von Klaus-Dieter Heid:

*Herr Kumlehn,
die auch in der Schweiz lebende Frau Weidel mag sich in ihrer Wortwahl vielleicht am schweizerischen Synonym „schlachten=abstechen/töten“ (Duden) orientiert haben. Genaueres mag Ihnen Frau Weidel selbst mitteilen, sofern sie Ihnen dazu Gelegenheit einräumen mag. Überdies ist Ihre Frage eine in Polemik und gieriger Suche nach Argumenten eingetauchte Frage, die natürlich – das wir doch beide! – kein bisschen mit der Interpretation von Äußerungen zu tun hat, die aus Richtung Bundestag kommen.*

Doch wenn Sie es denn unbedingt wissen wollen, werde ich Ihnen meine persönliche Interpretation mitteilen, die allerdings – so arrogant bin ich nicht – unmöglich für einen gesamten Kreisverband übertragbar ist. Ich kann nicht in die Köpfe der Menschen hineinsehen, aber ich weiß ja auch, dass Sie ein einziges Ziel erreichen möchten, das herzlich wenig mit ehrlicher Auseinandersetzung auf Augenhöhe zu tun hat.

Auszug aus einem relativ aktuellen Film, ZDF, Ursprung Deutschland: „...und hat ihn wie ein Schwein abgeschlachtet!“. Tat: ein drogensüchtiger und mit Drogen dealender Mann hat einen anderen Mann mit mehreren Messerstichen vom Leben in den Tod befördert. Der, der dieses Satz von sich gab, war der Ermittler.

Gab es einen Aufschrei in der Republik? Okay, es war nur ein Film – aber die Wortwahl „abgeschlachtet“ beschrieb eine Tat, bei der brutal gemordet wurde. Der Ermittler hat mit diesem Satz seine Wut über einen erneuten Mord des Täters zum Ausdruck gebracht. Er hat natürlich nicht das eigentliche „Schlachten“, also das Töten zum Nutzen des Fleischverzehrs“ beschrieben, sondern nur seine eigene subjektive Wahrnehmung der brutalen Tötung.

Sie möchten es präziser? Der aktuellen Situation angepasst?

Sie wissen selbst, dass es „Schlachten“ gab und leider noch gibt, in denen Menschen getötet wurden/werden. Ich persönlich bin gegen jede Form von Gewalt – und das Töten eines Menschen ist das schlimmste Verbrechen, das ein Mensch begehen kann. Addieren sich Tötungsdelikte einer bestimmten Tätergruppe, auch durch Personen begangen, die hier kein Bleiberecht haben, denken sie an die Angehörigen, an das Leid, das dadurch geschieht und an die unbegreifliche Unfähigkeit der Behörden, diese Taten IM VORFELD zu verhindern, in dem man konsequent handelt. Denken Sie an die Opfer. Können Sie dann nicht nachvollziehen, dass auch ein Wort wie „Abschlachten“ lediglich die Wut ausdrückt, die das Versagen des Staates beschreibt?

Nein, ich selbst hätte den Begriff so nicht verwendet. Ich hätte es nicht getan, weil ich weiß, dass es Personen auch wie Sie gibt, die nicht in erster Linie an die Angehörigen der Opfer denken, sondern alles in ihrer Macht stehende tun, jene, die sich empören, zu diskreditieren. Aber wenn man die innere Wut und den Zorn in sich fühlt, dass immer mehr Menschen sterben, weil man (der Staat) nicht imstande ist, Recht und Ordnung umzusetzen, dann gibt es Begriffe, die man denkt, aber nicht ausspricht. Und Sie, Herr Kumlehn, fühlen diesen Zorn auch, wenngleich er offenbar in eine völlig andere Richtung geht.

Der AfD-Kreisverband WF steht immer auf dem Boden des Grundgesetzes, distanziert sich mit Nachdruck von bekloppten Rechtsradikalen, die den Hitler-Gruß zeigen, begrüßt es, wenn diese Spinner strafrechtlich verfolgt werden, verurteilt Hetzjagden auf Andersdenkende und empfindet jedes Mittel der Gewalt abstoßend, um politische Positionen umzusetzen. Wir haben – das werden Sie natürlich nicht glauben – absolut nichts gegen Personen, die nach Deutschland kommen, weil sie hier Schutz suchen, die sich integrieren und hier ihren Beitrag zum Bruttosozialprodukt einbringen. Wir haben kein Problem mit Menschen, die damit klarkommen, dass hier in Deutschland eine christlich-jüdische Kultur dominiert, die es nicht zulässt, eine Scharia-Kultur zu dulden. Wir sind durchaus tolerant, aber eben nicht bis hin zur Selbstaufgabe.

Politik lebt auch von Zuspitzung, wie Sie selbst wissen. Politik, insbesondere in Wahlkampfzeiten, prangert an und klagt an, wo es nötig ist. Und die, wie die AfD, die permanent angegriffen werden, diffamiert werden und gleichzeitig unter Beobachtung medialer selbsternannter Moralapostel stehen, sind keine schlechteren und/oder besseren Menschen als Sie und ich.

Nochmals: wenn Sie wirklich wissen wollen, wie die AfD in WF tickt, wenn Sie wirklich ein ernsthaftes Interesse an Informationen haben und wenn Sie in der Lage sind, differenziert und argumentativ Gespräche zu führen, biete ich Ihnen (zum x-ten Mal) an, dies mit mir zu tun. Sie und ich. Wo immer Sie mögen. Ich stehe Ihnen zur Verfügung, um unsere Positionen so aufzuzeigen, dass Sie nachvollziehen werden, dass wir (und ich) keine verkappten Nazis oder rechtsradikale Systemverächter sind, sondern einfach nur Personen, die ehrlichen Zielen folgen.

*Es liegt bei Ihnen.
Klaus-Dieter Heid*

abschlachten, abstechen, töten; (schweizerisch

Leserbrief in der Braunschweiger Zeitung, 6.9.2018

Alice Weidel betreibt Volksverhetzung

Zu „Wie die AfD von Chemnitz profitieren will“ vom 30. August und zum Leitartikel „AfD beobachten“ vom 31. August:

Was Frau Weidel (AfD, Mitglied des Bundestags) auf ihrer Facebookseite schreibt und abbildet (in dieser Zeitung zu sehen), ist doch wohl mit die schlimmste Volksverhetzung, die je ein Abgeordneter in Deutschland nach Kriegsende in Wort und Bild von sich gegeben hat! Sie schreibt: „Das Abschlachten geht immer weiter!“ Dazu das Bild: eine dunkle Hand mit großem Messer hinter einer blutbefleckten Scheibe. Das erinnert mich stark an antijüdische Plakate der Nazis, die Angst machen sollten (sollen!) vor Fremden. Wir Deutschen stehen scheinbar kurz vor der Ausrottung!?! - Wer so etwas verbreitet, sollte vom Verfassungsschutz beobachtet werden, wie der Leitartikel völlig richtig fordert. Und Frau Weidel? Verlassen Sie den deutschen Bundestag!

Bernd Barnstorf-Brandes, Evessen

Jürgen Kumlehn, Erinnerer und Widerstandskämpfer gegen die AfD, Wolfenbüttel, 6.9.2018